



Zusammenfassung des Treffens vom 22.02.2026

Stichwort: ‚Ökonomie‘

Teilnehmer:innen: Stefan Mebs, Renate Teucher, Arno Wiehe, Martin Wein, Aliko Bürger, Patrick Plehn, Kirsten Geiling, Hans-Joachim Kiderlen, Auris Lipinski, Wolfgang Sohst

Gliederung:

1. *Zwei Grundbedeutungen von ‚Ökonomie‘*
2. *Die innerwissenschaftliche Entwicklung ökonomischer Theorien*
3. *Die Entwicklung der politischen Sicht auf die Ökonomie*
4. *Die Kritik an der neoklassischen ökonomischen Theorie*

1. Zwei Grundbedeutungen von ‚Ökonomie‘

Der Begriff ‚Ökonomie‘ ist ein relativ junger Begriff, etymologisch zusammengesetzt aus den beiden altgriechischen Teilbegriffen *oikos* (mit einer weit gespannten Bedeutung von ‚(Wohn-)Haus‘, ‚Zimmer‘, ‚Hausstand‘, ‚Gesamtvermögen einer Familie‘ bis hin zu ‚Heimat‘, ‚Vaterland‘ usw.) und *nomos* (ebenfalls vieldeutig in der Bedeutung von ‚Sitte‘, ‚Brauch‘, ‚Regel‘, ‚Grundsatz‘, ‚Gesetz‘ usw.). Der Begriff ‚Ökonomie‘ kam zunächst in Europa zu Beginn der Aufklärung bei gleichzeitiger **Industrialisierung** des Kontinents als Bezeichnung für wirtschaftlich rationales Verhalten auf, wobei unter ‚rational‘ ein **möglichst effizienter Umgang mit knappen Ressourcen** und dem Ziel größtmöglichen privaten und öffentlichen, materiellen **Wohlstands** verstanden wurde. Schon nach einigen Jahrzehnten der fortschreitenden Industrialisierung war diese sehr nüchtern klingende Definition jedoch von einem politisch und ökonomisch anhaltenden Streit umwittert, zunächst durch das Spannungsverhältnis zwischen öffentlichem Gemeinwohl und privatem Reichtum, seit Mitte der 1970er-Jahre auch durch die **begrenzten Umweltressourcen** und der sich immer massiver abzeichnenden, bis dahin wie selbstverständlich externalisierten **Umweltschäden**.

Ein zentraler Streitgegenstand bei der Anwendung ökonomischen Denkens ist folglich moralischer Natur. Der Ausdruck ‚Ökonomie‘ wird traditionell, wenn ohne weitere Zusätze verwendet, üblicherweise als Bezeichnung für das weltweit herrschende, d.h. kapitalistische Wirtschaften verstanden. Dieses Modell wird von seinen Gegnern wiederum als vollkommen rücksichtslos und moralisch unverantwortlich gegenüber großen Teilen der Menschheit und der natürlichen Umwelt angeprangert.

Der säkularen, politisch-ideologischen heutigen Standarddefinition von ‚Ökonomie‘ steht der sehr alte Begriff der so genannten **Heilsökonomie** gegenüber (altgriechisch *oikonomia tou mysteriou* = ‚Ökonomie des Geheimnisses‘ oder in einer verbreiteten Übersetzung des entsprechenden Paulus-Briefes in Epheser 3,9 auch als ‚geheimer Ratschluss‘ bezeichnet). Dies ist ein Begriff der christlichen Theologie und bezeichnet **den göttlichen Plan der geschichtlichen Heilsverwirklichung**. Er beschreibt also, wie Gott im Verlauf der Geschichte

handelt, um den Menschen Erlösung und Zugang zu Gott zu ermöglichen, oder anders gesagt, die göttliche Haushaltung des christlichen Heilsversprechens. Diese Auffassung einer transzendenten Ökonomie entwickelte sich bereits im Alten Testament in der Berufung Israels, dem Exodus und den Bundesschlüssen. Sie entfaltet sich laut der christlichen Theologie am deutlichsten im Neuen Testament durch das Christuserlebnis.

Diese und in ähnlicher Form allen religiösen Weltbildern innewohnenden **Begründungsversuche menschlicher Moral** pflanzten sich im Zuge der Aufklärung und der dabei zunehmenden Abkehr von religiösen Dogmen auch im Umgang mit dem irdisch-rationalen Wirtschaften fort. Zum Verständnis dieser Entwicklung ist es sinnvoll, die *innerwissenschaftliche* Entwicklung der Theorie rationalen Wirtschaftens von der *politischen* Entwicklung des allgemeinen gesellschaftlichen Blicks auf diesen Bereich menschlicher Tätigkeit zu unterscheiden.

2. Die innerwissenschaftliche Entwicklung ökonomischer Theorien

Diese Entwicklung beginnt mit der Vorstellung, dass Märkte eine eigene innere Ordnung besitzen. **Adam Smith** (1723–1790) gilt als Vater der modernen Ökonomie mit seinem Buch *The Wealth of Nations* und legte damit die theoretischen Fundamente der klassischen Nationalökonomie und des modernen Kapitalismus. Arbeitsteilung, Wettbewerb, Streben nach Gewinn- und Nutzenmaximierung erscheinen als sich selbst regulierende Mechanismen, die Wohlstand hervorbringen können, ohne dass der Staat als zentrale Instanz alles steuern muss. Im 19. Jahrhundert wird diese Sicht zunehmend mathematisch modelliert und formalisiert. Entscheidungen werden nunmehr als berechenbare Reaktionen auf Knappheit interpretiert, Märkte als Systeme, die zu Gleichgewichten tendieren.

Nach den vor allem moralischen Einlassungen von **Karl Marx und Friedrich Engels**, die eine solche Betrachtungsweise als Ausdruck industrieller Ausbeutungsverhältnisse anprangern, und schweren Wirtschaftskrisen sowie zwei Weltkriegen im 20. Jahrhundert erstarkte in den westlichen Industriestaaten eine neue ökonomische Theorie, die sich stark an den Ideen von **John Maynard Keynes** (1883-1946) orientierte. Nach Keynes soll der Staat aktiv ins Marktgeschehen eingreifen, um die Konjunktur, d.h. die gesamte wirtschaftliche Dynamik und ihre negativen oder positiven Trends, zu stabilisieren. Dies förderte auch den Aufbau sozialer Sicherungssysteme und die Regulierung internationaler Finanzbeziehungen. Die Volkswirtschaften Westeuropas, Nordamerikas und Japans erlebten unter diesen Bedingungen einen enormen Aufschwung, gepaart mit Vollbeschäftigung, **Massenkonsum**, Ausbau des **Wohlfahrtsstaates** (soziales Netz) und einer im historischen Vergleich hohen sozialen Gerechtigkeit. Rückblickend gilt heute vielen Menschen diese Zeit als goldene Ära des Kapitalismus. Auch die goldenen 1950er- und 1960er-Jahre lebten allerdings von der postkolonialen Ausbeutung der Dritten Welt. Machttheoretisch war die klassische ökonomische Theorie zwar sehr effizient; moralisch hatte sie jedoch nicht viel zu bieten. Insbesondere lassen sich die reine Marktfunktionalität und -effizienz nicht auf existenzielle Werte menschlichen Lebens abbilden.

In den 1970er Jahren geriet das Modell jedoch in eine strukturelle Krise. Stagflation, Ölpreisschocks, Umweltrisiken, wachsende Staatsverschuldung und der Zusammenbruch fester Wechselkurse führen zu einem wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel. Als Lö-

sung dieser Probleme setzt sich die Auffassung durch, dass den Märkten wieder mehr Selbstregulierungsvertrauen entgegengebracht und staatliche Eingriffe sich auf geldpolitische Maßnahmen beschränken sollen, vor allem durch die Steuerung der jeweiligen Geldmenge durch Leitzinsfestlegungen der jeweiligen Zentralbank. **Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung** wurden nunmehr zu zentralen Prinzipien wirtschaftlicher Organisation. Die zunehmende **Globalisierung** der Produktionszusammenhänge beschleunigte diesen Wandel. Der Wettbewerb ganzer Staaten steht seitdem im Zeichen einer Konkurrenz um Investitionen und des Wachstum, was nationale wirtschaftspolitische Handlungsspielräume weiter schrumpfen und den Einfluss weltumspannend tätiger Konzerne wachsen lässt. Mit dem Ende der so genannten ‚Systemkonkurrenz‘ nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wird die marktwirtschaftliche Ordnung global zum dominierenden Referenzmodell, auch in den nach wie vor sich als kommunistisch bezeichnenden Volkswirtschaften, vor allem Chinas. Mit der Entwicklung des Internets in den 1990er-Jahren beschleunigt sich nochmals das Wachstum. Der globale Süden bleibt aber eine Quelle kostengünstiger Arbeitskraft und natürlicher Ressourcen.

Die traditionelle **produktorientierte Aufbau- und Erhaltungswirtschaft**, basierend auf den Maximen einer Befriedigung natürlicher Bedürfnisse und einer durchschnittlich hohen Produktqualität, weist inhärent eine Obergrenze des sinnvollen Wachstums auf. Infolge der kapitalistischen Wachstumsnotwendigkeit ist sie schon seit dem 2. Weltkrieg einer postmodernen **konsumorientierten Verbrauchswirtschaft** gewichen, die eine Erzeugung und Befriedigung artifizierlicher Bedürfnisse und im Allgemeinen einer durchschnittlich eher niedrigen Produktqualität favorisiert, um neue Märkte zu erzeugen, damit aber auch neue Krisenpotenziale hervorbringt

Die historisch noch relativ junge, so genannte **digitale Revolution** erzeugte neuerlich grenzüberschreitende, starke **Netzwerkeffekte** und konzentriert wirtschaftliche Macht in bislang unbekanntem Ausmaß auf wenige global agierende Unternehmen. Daten werden zum ökonomischen Produktionsfaktor ersten Ranges, während die staatliche Regulierung der Geschwindigkeit technologischer Veränderungen hinterherläuft. Die gegen Ende des 20. Jahrhunderts noch enthusiastisch gefeierte Marktliberalisierung und Globalisierung erscheint mit dem Aufkommen einer neuen Konkurrenz zwischen dem westlichen Block, allen voran den USA, und dem asiatischen Block mit **China** im Zentrum nunmehr als Ideologie einer vergangenen Ära. Nationale Egoismen bis hin zur Drohung einer militärischen Durchsetzung der wirtschaftlicher Interessen sowohl der USA als auch Chinas werfen die neoklassische ökonomische Theorie mit ihrem Versuch, den Staat möglichst klein zu halten, aus der Bahn. Gleichzeitig erstarkt in den USA ein **kapitalistischer Anarchismus**, der den Vorrang der demokratischen Politik vor dem privaten Bereicherungsinteresse bestreitet und damit die Autorität des Staates als Vertreter des integralen Gemeinwohls insgesamt in Frage stellt.

3. Die Entwicklung der politischen Sicht auf die Ökonomie

Diese Spannungen sind allerdings kein ganz neues Phänomen. Mit dem Untergang des **Merkantilismus** im Zuge der europäischen Industrialisierung, der eine durch massive Staatseingriffe geprägte Wirtschaftspolitik des Absolutismus zur Stärkung der Staatsfinanzen war,

gerieten alle europäischen Staaten und danach auch die noch jungen USA in eine fortwährende Konkurrenz zum marktliberalen Unternehmertum und dessen kapitalistischen Idealen. Ziel war eine **positive Handelsbilanz** durch Export von Fertigwaren und Import von Rohstoffen. Wesentliche Merkmale des Merkantilismus waren Schutzzölle, Förderung von der heimischen Manufakturen und der Ausbau der Infrastruktur. Genau das wird zunehmend wieder zur leitenden ökonomische Doktrin sowohl der USA als auch Chinas, nur dass es nicht mehr um Manufakturen, sondern um die Rückführung der industriellen Produktion, **Rohstoffsicherung** und einen allgemeinen **technologischen Vorsprung** geht.

Im Zuge dieser Entwicklung wird auch der Gegensatz zwischen politischem und wirtschaftlichem Handeln zunehmend aufgehoben. Die Politik ist wesentlich ein **Wettbewerb um legitime Herrschaft**. Entsprechendes Handeln von Politikern wird vom Publikum an ethischen Maßstäben gemessen. Die Ökonomie kennt dagegen nur ein Ziel, nämlich die Steigerung des (überwiegend privaten) Wohlstands durch möglichst gewinnbringende Ressourcenverwendung, wobei auch die menschliche Arbeitskraft zur Ressource degradiert wird. Beide Ziele sollten bestenfalls in einer gleichgewichtigen **Wechselbeziehung** stehen. Ökonomische Akteur:innen, deren Erfolgsorientierung zentrale ethische Standards der politischen Sphäre ignorieren, werden unter solchen Umständen den Gegenwind aus der Politik zu spüren bekommen. Umgekehrt werden Politiker:innen, die basale Gesetze der Ökonomie missachten, bei der nächsten Wahl ihr Amt verlieren, zumindest wenn es sich bei dem entsprechenden Gemeinwesen und eine Demokratie handelt. Denn die gesellschaftliche Akzeptanz wirtschaftlicher Verhältnisse kann nicht von Ökonomen mathematisch errechnet werden, und die Regeln des erfolgreichen Wirtschaftens lassen sich nicht durch ethisches Rasonieren ermitteln. Und selbst wenn man die wuchernde private Bereicherung eindämmt, ist das gute Leben etwas anderes als ein wirtschaftlich effizientes Leben.

Die **Stabilität** einer jeden Gesellschaft hängt vom glücklichen Zusammenspiel der Dynamiken sowohl zwischen den politischen und wirtschaftlichen Kräften als auch jener zwischen den individuellen und kollektiven Interessen ab. Beide Dynamiken sind miteinander verwandt. Die im Idealfall resultierende Systemstabilität dürfte eine **Meta-Maxime** jeglicher menschlichen sozialen Ordnung sein.

Gesellschaftliche Stabilität hat an sich jedoch keinen eigenen moralischen oder existenziellen Wert. Sie gerinnt sogar zum **Selbsterhaltungsdogma**, wenn sie an sich selbst, also unabhängig von der Lebensqualität der einzelnen Mitglieder der jeweiligen Gesellschaft, verabsolutiert wird. Gesellschaftliche Werte ergeben sich erst aus der Zusammenschau der unvermeidlich widersprüchlichen Einzelwerte aller Individuen einer Gesellschaft. Wenn ein davon entkoppeltes Selbsterhaltungsdogma zu große Kosten für die große Mehrheit der betroffenen Individuen mit sich bringt, werden sie irgendwann dagegen revoltieren (sofern sie nicht, was heute möglich scheint, durch extreme Überwachung radikal unterdrückt werden). **Soziale Werte** entstehen aus der Sicht der Hegel'schen Dialektik in seinen *Grundlinien der Philosophie des Rechts* (1821) grundsätzlich erst auf der nachfolgenden antagonistischen Ebene, wo (a) privates und öffentliches sowie (b) politisches Herrschafts- und materielles Besitzinteresse im **ständigen Widerstreit** miteinander stehen. In dieses Spannungsfeld bringt jede Seite ihre Interessen als Werte ein, die es politisch zu vermitteln gilt:

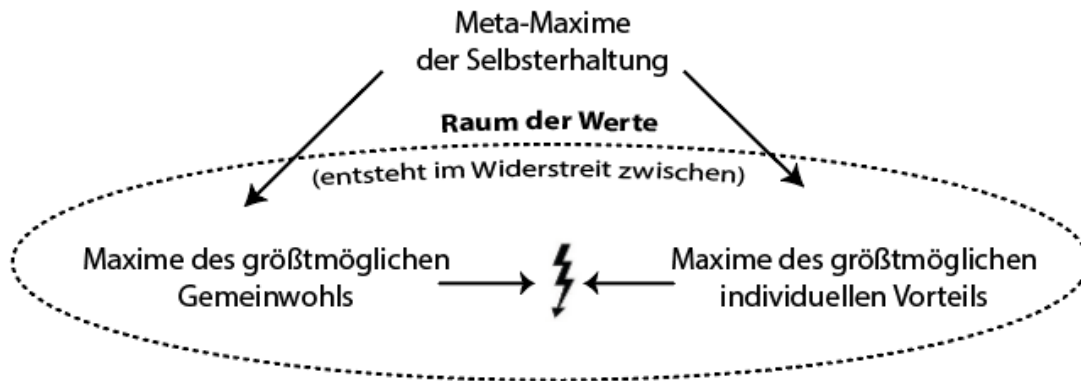


Abb. 1: Die Dialektik von Individual- und Gemeininteresse

Das dynamisches, d.h. immer schwankendes Gleichgewicht bedarf sicherlich nicht nur des wirtschaftlichen Wohlstands, sondern auch so ungreifbarer und dennoch wichtiger Dinge wie öffentlicher **Gerechtigkeit**, inneren und äußeren **Friedens** und kollektiver **Selbstbestimmung**. Korrigierende Eingriffe in einem konkreten, gesamtgesellschaftlichen *Oikos* umfassen deshalb notwendig die Berücksichtigung individual- und kollektivethischer Kriterien. Das lehnt die neoklassische ökonomische Theorie allerdings weitgehend ab.

Die vielleicht berühmteste Schrift von **Karl Marx und Friedrich Engels**, das *Kommunistische Manifest*, ist genau in diesem Punkt widersprüchlich. Es erhebt umfangreiche moralische Vorwürfe gegen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft, sagt aber nicht, wie sich eine bessere Moral allein materialistisch begründen lässt.

4. Die Kritik an der neoklassischen ökonomischen Theorie

Auch die neoklassische ökonomische Theorie gerät allerdings zunehmend unter Druck. Neun Prozent der Weltbevölkerung hungern. Viele **weltpolitische Krisen** und Kriege haben ganz überwiegend oder sogar ausschließlich wirtschaftliche Gründe. Obendrein produziert die kapitalistische Wirtschaft eine ungeheure **Verschwendung** knapper Ressourcen und gefährdet mittlerweile die gesamte irdische Biosphäre. Dies führte zu einer zunehmend kritischen Hinterfragung der angeblichen Selbstverständlichkeiten im Weltbild der neoklassischen Theorie. Dabei geht es um eine recht kleine Menge von nur drei, angeblich erfahrungsunabhängiger und damit mathematisch exakt formalisierbaren Axiomen, mit denen sich alles menschliche Verhalten erklären lassen soll. Diese Axiome, zusammengefasst im Menschenbild des **homo oeconomicus**, lauten:

1. Alles menschliche Verhalten ist nutzenmaximierend.
2. Alles menschliche Handeln lässt sich als ein Marktgeschehen darstellen.
3. Alles menschliche Verhalten ist von epochen-, kultur- und schichtenunabhängigen Präferenzen geleitet, die beispielsweise weder zwischen armen und reichen Personen noch zwischen unterschiedlichen Kulturen und Gesellschaften unterscheiden.

Jede Form des Wirtschaftens beruht zwar auf vereinfachen Vorannahmen menschlichen Verhaltens. Das berechtigt jedoch nicht, so die Kritik an den vorstehenden Axiomen, zu einem starren Festhalten an Prinzipien und einer Weigerung, auf die sich daraus ergebenden,

negativen gesellschaftlichen Wirkungen rational zu reagieren. Die gesellschaftliche Dynamik ist hochkomplex, teilweise sogar chaotisch, weshalb sie im Falle ideologischer Erstarrung zur **Instabilität** neigt. Deswegen bedarf es einer übergeordnet rational regulierenden Instanz, um drohende Abstürze zu verhindern. Das ist die klassische Domäne einer auch ethisch integralen Politik. Die wachstums- und profitorientierte Privatwirtschaft handelt *per se* nicht ethisch und auch nicht gemeinwohlorientiert. Der moderne Kapitalismus deutet Krisen prinzipiell zum Entwicklungsanstoß um und findet darin neue Ressourcen. Aus seiner Sicht lässt sich deshalb auch in Katastrophen, z.B. **Krieg**, mit etwas Geschick viel Geld verdienen.

Dem klassisch kapitalistischen, seit ungefähr fünfzig Jahren neoliberal radikalisierten Welt- und Menschenbild stehen deshalb schon seit dem 19. Jahrhundert diverse **alternative Wirtschaftsmodelle** gegenüber. Sie werden unter Titeln wie

- Kreislaufwirtschaft
- Marktsozialismus
- Vorrang der Nachhaltigkeit
- *Degrowth*- oder Postwachstumsökonomie
- Solidarökonomie
- und ähnliche Modelle

verhandelt. Tatsächlich haben alle diese alternativen Modelle, zumindest bisher, keine reale Chance auf einen spürbaren politischen Einfluss. Einer der Gründe dafür ist, dass die materielle Gier einzelner Person zumindest noch mit moralischen Argumenten eingehegt werden kann. Die **systemische Gier** großer Unternehmen ist aber gegen moralische Argumente vollkommen unempfindlich und kann höchsten zufällig und entsprechend selten, wenn das jeweilige Führungspersonal dafür stark genug ist, den entsprechenden Wettbewerbskräften ihrer Umgebung standhalten. Zu dieser Umgebung gehören nicht zuletzt auch die Aktionäre, große Pensionskassen, Arbeitnehmer und sonstige *stakeholder*, die vor allem an ihren eigenen, maximalen Vorteil denken.

Diese Dynamik ist eine spezielle Variante dessen, was der US-amerikanische Ökologe und Mikrobiologe **Garrett Hardin** (1915-2003) im Jahr 1968 in einem viel beachteten Aufsatz in der Fachzeitschrift *Science* als die **Tragedy of the commons** bezeichnete.¹ Hardin beschrieb, was passiert, wenn Individuen bei der Nutzung frei zugänglicher, gemeinschaftlicher Ressourcen, (z.B. der früheren so genannten Allmende), grenzenlos eigennützig handeln und die Ressource durch **Übernutzung** zerstören, was letztlich allen schadet. Eine solche Dynamik soll im Sozialismus durch entsprechende Planung verhindert werden. Der Sozialismus machte als Grundübel, dass es zu ändern gelte, das **Privateigentum an den Produktionsmitteln** aus. Die seien deshalb zu vergesellschaften. Die relativ junge Geschichte sozialistischer Ökonomien hat jedoch gezeigt, dass die staatliche Steuerung einer Volkswirtschaft regelmäßig zu anderen Fehlentwicklungen führt, die am Ende noch schädlicher sind als der private Eigennutz.

¹ Obwohl der Begriff von Hardin stammt, basieren die theoretischen Überlegungen auf einem schon 1833 veröffentlichten Text des britischen Ökonomen William Forster Lloyd.

Ein Mittelweg zwischen den theoretischen Extrema des reinen Kapitalismus und des ebenso reinen Sozialismus bzw. Kommunismus wurde in Europa, insbesondere in Deutschland, von Ludwig Erhard, nach dem 2. Weltkrieg unter dem Titel **Ordoliberalismus** favorisiert und bis heute weiterentwickelt.² Dieser Ansatz versuchte ein altes Dilemma zu vermeiden: Bereits die antike Moraltheorie erklärte die rücksichtslose Gier zu einer der sieben Todsünden, heute weiterentwickelt zum sozialdarwinistisch ebenso rücksichtslosen Dogma eines *survival of the fittest*. Tatsächlich ist ein entsprechendes Verhalten jedem **Wettbewerb** untilgbar eingeschrieben. Es kann deshalb nicht durch die Wettbewerbsbeteiligten selbst, sondern nur durch eine übergeordnete Instanz, in der Regel staatliche Organe, reguliert werden.

Auch wenn also nicht das wirtschaftliche, sondern das **gesamtgesellschaftliche Gleichgewicht** absoluten Vorrang genießt, muss das private Bereicherungsinteresse, das im Sozialismus zum grundsätzlichen Übel erklärt wird, also weiterhin wirksam sein dürfen. Das Gemeinwohl darf deshalb nicht einseitig missverstanden werden, indem man meint, es sei erst verwirklicht, wenn niemand mehr private Bereicherungsinteressen habe.

Das heutige **chinesische Gesellschaftsmodell** und seine Führungsfiguren idealisieren im Anschluss an eine Jahrtausende alte Tradition ihrer Kultur sowohl das nationale Selbsterhaltungsdogma als auch die innere Gleichgewichtsmaxime zwischen privaten und öffentlichen Interessen. Der oberste Wert in der chinesischen Wertehierarchie war schon immer das harmonische Zusammenspiel der Gegensätze. China hat traditionell mit diesem Denken sehr viel Erfahrung – was innenpolitisch leider stark auf Kosten der Meinungsfreiheit geht, die wiederum zum Kern des westlichen Menschenbildes gehört.

Das westlich-kapitalistische Menschenbild steht allerdings auch vor erheblichen intrinsischen Herausforderungen. Der österreichische, nach Hitlers Machtergreifung in die USA emigrierte Ökonom **Joseph Schumpeter** (1883-1950) prognostizierte in seinem einflussreichen Spätwerk *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie* (1942) den Untergang des Kapitalismus. Diese Gesellschaftsform sei so anstrengend, meinte er, dass nach Erreichung eines gewissen Wohlstandsniveaus, nicht zuletzt infolge der damit verbundenen *creative disruption* („schöpferische Zerstörung“; dieser Ausdruck wurde von Schumpeter geprägt und gehört heute zum Lieblingsvokabular US-amerikanischer Milliardäre) die **Leistungs- und Leidensbereitschaft** der Bevölkerung substanziell nachlasse und einem „schlechten Sozialismus“ Platz mache. Schumpeter war sich also, bei aller Begeisterung für den Kapitalismus, der übermächtigen Dynamik langfristiger gesellschaftlicher Entwicklungen vollkommen bewusst, die jede soziale Ordnung irgendwann in Frage stellt. (ws)

² Dieser Begriff wurde in den 1930er- und 1940er-Jahren von der so genannten „Freiburger Schule“ (u.a. Walter Eucken) geprägt und ist bis heute das theoretische Fundament der deutschen Sozialen Marktwirtschaft. Er fordert einen starken Staat, der den Wettbewerb durch einen festen Ordnungsrahmen (*Ordo*) sichert, jedoch Kartelle verhindert und Privateigentum schützt, andererseits möglichst wenig in den Wirtschaftsprozess im engeren Sinne einzugreifen versucht.